

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 24

Artikel: Offene Gesellschaft für Südafrika
Autor: Buthelezi, M.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093372>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Offene Gesellschaft für Südafrika

Anlässlich seines kürzlichen Besuches in der Schweiz stand Dr. Buthelezi «Zeitbild» Red und Antwort. Das Interview führte Markus Herzig.

Zeitbild: Gemäss kürzlichen Meinungsumfragen ausserhalb von Natal/KwaZulu sollen nur wenige andersrassige Schwarze und auch Weisse der Inkatha-Freiheits-Partei (IFP) beigetreten sein. Ist dies eine Folge des Umstandes, dass die Inkatha zu lange eine kulturelle Befreiungsbewegung der Zulus war?

Dr. Buthelezi: Mit aller Entschiedenheit stelle ich fest, dass die Inkatha seit ihrer Gründung 1975 nie eine Organisation ausschliesslich der Zulus war. Von Anfang an gehörten ihr Vertreter aller ethnischen Gruppen, auch Weisse und andersstämmige Schwarze, an. Eine Studie der Universität Freiburg i. Br. bezifferte 1977 diesen Mitglieder-Anteil mit 40 %. Die IFP repräsentiert schwergeköpft den schwarzen Mittelstand. Ihre Politik findet wachsende Zustimmung weit über den Mitgliederbestand hinaus. Insbesondere in Transvaal ist auch die Mitgliederzahl der IFP gestiegen.

Die historischen und irreversiblen Reformschritte von Staatspräsident de Klerk weg von der Apartheid seit dem 2. Februar 1990 erforderte die Umstrukturierung der Inkatha in eine Partei.

In dieser Nummer

Offene Gesellschaft für Südafrika	2
Exklusiv-Interview mit M. G. Buthelezi	
«Bernern» Preisträger im hohen Amt	4
Zur Wahl Boutros-Ghali als UNO-Generalsekretär	
Aktivisten, Mit-Täter, Erfüllungsgehilfen	5
a. Bundesrat R. Friedrich zur Friedensbewegung	
Die Stadt Kants soll wiederaufleben	12
Matthias Messmer berichtet aus Königsberg	
Serie Sowjetunion	14
Belorussland	

Ihre Fragestellung ist m. E. das Resultat einer gezielten Desinformation in der veröffentlichten Meinung, welche beabsichtigt, die IFP zu diskreditieren und auf Natal zu isolieren. Ein Grund für derartige Zweckgerüchte mag darin liegen, dass seit jeher für den ANC die einzige verbindende Klammer die meist gewaltsame Anti-Apartheid war. Die Inkatha indessen gab nach der Exilierung der ANC-Führung ins Ausland den in einem politischen Vakuum verlorenen Schwarzen im Lande selber neuen Halt, versuchte durch Hilfsmassnahmen ihr Schicksal zu erleichtern und bekämpfte kompromisslos, aber ohne Gewalt die Apartheid mit demokratischen Mitteln. Angesichts dieser letztlich ideologischen Unterschiede in der Politik von ANC und IFP wird besser verständlich, warum heute im Ringen um die Gefolgschaft der Schwarzen leider auch Gewalt herrscht, wobei überwiegend Menschen umkommen, weil sie der IFP angehören. Ich verurteile die Gewalt und lasse nichts unversucht, um dem Morden unter Schwarzen Einhalt zu gebieten.

Zeitbild: Auch weite Kreise in der Schweiz sind konsterniert über das Fortdauern der Gewalt unter Schwarzen, obwohl im vergangenen September ein Friedensabkommen unterzeichnet wurde. Wer sind denn die eigentlichen Täter?

Dr. Buthelezi: Ich glaube, in der gegenwärtigen Atmosphäre des Umbruchs in Südafrika darf das Problem der Gewaltanwendung nicht einfach auf die Frage nach dem Täter reduziert werden. Mit derartigen Vereinfachung wäre das Töten z. B. in Libanon auch nicht verständlich zu machen. Es ist übrigens bezeichnend, dass in der erwähnten Atmosphäre – einer letztlich vielschichtigen Notlage verzweifelter Menschen nämlich – Gewaltverbrechen gewöhnlicher Krimineller nur allzu leicht der politisch motivierten Gewalt zugerechnet werden. Eine derart vereinfachende Sicht wird den eigentlichen Gründen nicht gerecht. Auf einige Gründe der Gewalt habe ich bereits hingewiesen. Ich möchte vorweg betonen, dass keine der schwarzen politischen Organisationen ihre Hände vollständig in Unschuld waschen kann. Eines indessen erweisen die bisherigen Untersuchungen eindeutig: der ANC ist im Vernichtungsgemetzel in den überwiegenden Fällen der Aggressor. Seit Ende letzten Jahres zeigte auch der ANC Bereitschaft, an



(Fotos: J. Baumgartner)

Friedensgesprächen teilzunehmen. Am 14. September letztthin konnte das von Ihnen erwähnte Friedensabkommen unterzeichnet werden. Die vertretenen Parteien verpflichteten sich, alles zu unternehmen, um ihren Anhang von der Gewaltanwendung abzuhalten. Die IFP nimmt diese Verpflichtung sehr ernst.

Zeitbild: Die Schaffung einer neuen Verfassung für Südafrika muss gleichzeitig mit einer Restrukturierung der Wirtschaft erfolgen. Es gilt den elementarsten Bedürfnissen der armen, schwarzen Massen gerecht zu werden und gleichzeitig ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten. Wie sehen sie die Lösung dieses komplexen Problems?

Die Zulu bilden das grösste schwarze Volk in Südafrika. Unter ihrem Führer Dr. Mangosuthu Gatsha Buthelezi gelten sie als das bestorganisierte und disziplinierteste Volk der Schwarzen im Vielvölkerstaat Südafrika. 1975 schuf Buthelezi die Inkatha, eine ursprünglich kulturelle Organisation, welche im Lauf der Jahre zur weitaus grössten politischen Bewegung der Schwarzen mit über 2 Mio Mitgliedern heranwuchs. 1990 wurde sie zur «Inkatha-Freiheits-Partei» (IFP) umgewandelt, die allen Südafrikanern offensteht. Im Ringen um die Macht stellt die Inkatha für den ANC die einzige ernsthafteste Konkurrenz dar. Eine der Ursachen des Mordens unter Schwarzen ist in diesem Umstand begründet.

LIEBE LESER

Dr. Buthelezi: Wir wissen in der IFP, dass wuchernde Armut überall die Demokratie zerstört, und wir wissen, dass die sozialistische Planwirtschaft das Übel überhaupt nicht heilen kann. Wir wissen, dass freies Unternehmertum und Marktwirtschaft ein optimales System darstellen, um den Ländern Eigenständigkeit zu gewähren und Wohlstand zu schaffen. Wir wissen aber auch, dass in unserer Lage die beste Kombination von Demokratie und Marktwirtschaft für die absehbare Zukunft keine Wunder zu vollbringen vermag. Denn angesichts der Bevölkerungsexplosion mit einer jährlichen Geburtenrate von 3 % muss leider damit gerechnet werden, dass die Ärmsten der Armen in den kommenden Jahren noch ärmer werden. Letztlich wird einzig der zunehmende Wohlstand die Geburtenrate senken.

Wir wissen, dass diese harten Tatsachen politische Probleme mit sich bringen. Wir wissen aber auch, dass wir uns mit Offenheit diesen harschen Realitäten stellen müssen und ein momentanes Buhlen um die Wählergunst mit Versprechungen des Unmöglichen unausweichlich bloss ein Verschlimmerung der Probleme bewirken würde.

Zeitbild: Wo legt in dieser schwierigen Lage die IFP die politischen Schwerpunkte?

Dr. Buthelezi: Die IFP steht ein für den demokratischen Rechtsstaat mit garantierten Freiheitsrechten. Wesentlich ist als Grundlage das Vielparteien-System, was bedeutet, dass für alle Zukunft verfassungsmässig verhindert wird, dass in Südafrika eine einzige Partei die Macht im Staate monopolisiert. Im Interesse einer besseren Einbeziehung des Volkes befürworten wir auch eine vertikale Dezentralisierung der Macht auf die Ebene von Regionen und Gemeinden. Ein



besonderes Gewicht messen wir der Verfassungsgerichtsbarkeit zu. Den regionalen Regierungen ist eine angemessene Steuerhoheit zur Finanzierung ihrer eigenen Aufgaben abzutreten. Ein Zweikammersystem ist anzustreben, um den Minderheitenschutz zu gewährleisten.

Leider bleibt in der heutigen Situation zu vermuten, dass kaum eines dieser Ziele realisiert werden kann, solange die Versöhnung unter den verschiedenen Rassen nicht stattfindet. Gewalt und Macht versöhnen nicht, und der ANC geht völlig fehl in der Annahme, dass mit einer «Alles-oder-nichts»-Politik die Probleme unseres Landes gelöst werden können. Eine wahre Politik des Wandels bedeutet viel mehr als die Anhäufung von Macht in einer Hand. Deshalb streben wir entschieden ein verfassungsmässig verankertes Vielparteiensystem an, das erlaubt, nach dem Willen des Volkes die Regierung auszuwechseln.

Zeitbild: Wie sehen Sie die Rolle der IFP bei den bevorstehenden Vielparteienverhandlungen?

Dr. Buthelezi: Grundsätzlich wollen wir dafür sorgen, dass die Verhandlungen mehr darstellen, als eine blosser Diskussion über Modalitäten zwischen dem ANC und der Regierung zur Übergabe der Macht. Jede teilnehmende Partei soll unabhängig ihren eigenen Standpunkt einbringen können. Voraussetzungen für den Erfolg sind Versöhnungswille, Verzicht auf Gewalt und eine allseitige Kompromissbereitschaft. So sollte es möglich werden, noch vor Mitte Dezember mit den Verhandlungen zu beginnen. Wir glauben, dass eine derartige Vielparteien-Konferenz im Laufe der Zeit letztlich auch die neue Verfassung erarbeiten könnte. In diesem Verhandlungsprozess während der Übergangsphase bis zu den ersten freien Wahlen könnte die Konferenz auch Weisungsbefugnisse zuhanden der Regierung wahrnehmen. Die IFP lehnt also einen Verfassungsrat oder eine Übergangsregierung ab. Wir sehen die heutige Regierung als beste ausführende Behörde für die Übergangszeit, weil die von ihr durchgeführten Reformen irreversibel sind und die eingeleiteten Massnahmen von Präsident de Klerk und seiner National Party eindeutig den Weg Südafrikas in die offene Gesellschaft freigeben. ■

Im letzten Frühling, nachdem der Alliierten-Einsatz im Golfkrieg die verbliebenen Reste der Friedensbewegung nochmals auf die Strassen trieb – Kinder voran – schrieb ich im Zeitbild u. a. folgende Bemerkung zu diesem Phänomen: «Friedensbewegungen waren und sind nicht mehrheitsfähig, weil ihr Moralismus sie ungläubwürdig macht.»

Das scheint paradox. Doch es gibt einen Unterschied zwischen Moral und Moralismus. Moral ist universal, unteilbar, ein Ganzes. Moralismus ist vorab Ausdruck von Selbstgerechtigkeit und damit subjektiv, auf die eigene Weltanschauung eingegrenzt und damit nur ein Teil vom Ganzen – im schlimmsten Fall einäugig und parteiisch.

Wie wenn es noch weiterer Beweise für die evidente Un-Moral der Friedensbewegung gebraucht hätte, liefern nun Europas Friedensdemonstranten ein klägliches Beispiel dafür, dass ihre lautstarke Friedenspropaganda immer nur plakativ-einseitig war: für Jugoslawien gilt sie offenbar nicht, und gegen die serbisch-kroatische Selbstzerfleischung fehlen die Argumente. Weil die Amerikaner nicht darin verwickelt sind.

Das lässt sich mit Sicherheit sagen: Der Anti-Amerikanismus war die Triebfeder, und nicht Friedfertigkeit. Das gilt natürlich für die Aktivisten, und nicht für die naiven Mitläufer. Das gilt für Leute wie den «Friedensforscher» Galtung, der am Radio DRS die Amerikaner am Golf mit den Nazi in Auschwitz in Bezug bringt.

Das gilt – und das steht jetzt auch dokumentarisch fest – für die grenzüberschreitenden Aktivitäten der deutschen Friedensbewegung (sie hatte auch die schweizerische im Schlepptau). Stasi-Papiere, die soeben auch in Buchform erschienen sind (Sélitrenny/Weichert: «Das unheimliche Erbe», Forum Verlag Leipzig), offenbaren die lückenlose Unterwanderung des ganzen «Netzwerks» – bis hinein in die Gruppen von Gewerkschaften und Kirchen. Wovon auch im Zeitbild jahrelang gewarnt worden war, wird bestätigt: Die Friedensbewegung wurde zugunsten sowjetischer Ziele instrumentalisiert; sie war damit jahrelang nicht nur un-moralisch, sondern auch ein Sicherheitsrisiko.

Jürg L. Steinacher